

Ukraine: Angesammelte Widersprüche

Es ist wahrlich bemerkenswert, wie stramm westliche Medien in Sachen Ukraine gleichgeschaltet sind, da wird geschrieben und gesendet als wäre die Welt bereits im Dritten Weltkrieg und vom US-verordneten abweichende Meinungen wären sowas wie Produkte von Feindsendern. Dass Österreich neutral wäre, ist zwar fallweise noch bei einigen Politikeräußerungen zu hören, aber in den Medien ist die Kriegslage fast immer klar, wir ziehen wieder gegen Osten! Ein alter Freund hat mir dazu einige von ihm gesammelte entsprechende Materialien übermittelt, hier diese angesammelten Widersprüche. Im ersten Artikel wird versucht, den Sachverhalt sachgemäß darzustellen. Dieser Facebook-Beitrag stammt vom ehemaligen Grün-Politiker Johannes Voggenhuber:

Ein kleiner Riss in der Propaganda: die wahren Ursachen des Krieges in der Ukraine. Seit 1991 lehnen USA und Nato alle Kooperationsangebote Russlands ab und nehmen es statt dessen in einen gewaltigen geostrategischen Zangengriff. In der Ukraine herrschte Frieden, von der Krim bis Donezk und Lugansk, bis die USA und die Nato dazu ansetzten mit der Ukraine den Zangengriff zu schließen. Die Ukraine ist dabei nur ein Feld auf dem Schachbrett. Ihr Schicksal und das ihrer Menschen ist für die westlichen Akteure ohne besondere Bedeutung. Gleichzeitig soll jede Emanzipation Europas von seiner Nachkriegsgeschichte, vor allem jede weitere politische Einigung und die Entwicklung einer souveränen und autonomen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik unterbunden werden. Jede konstruktive Nachbarschaft zu Russland, die im zentralen Interesse Europas liegt, steht dieser Strategie im Wege. Die NSA-Überwachung, die Missachtung der Grund- und Freiheitsrechte, des europäischen Rechts auf europäischem Boden, Geheimgefängnisse, Entführungen, die subprime crises haben das Verhältnis Europa USA zutiefst belastet. Nur mit der Wiederbelebung des Feindbildes Russland kann diese Strategie noch gelingen. Europa soll mit aller Macht wieder in die Nato rückgebunden und unter die Hegemonie der USA gezwungen werden (Fuck the EU!). Es geht in der Ukraine gegenüber Russland wie gegenüber Europa um die Durchsetzung der neuen monopolaren Weltordnung¹ unter einer einzigen globalen Supermacht. Das Schicksal Europas und seiner Menschen ist dabei ohne Bedeutung. Und der Friede auch.

Der zweite Artikel stand im "Standard" und stammt von Eric Frey, der Kommentar erinnert lebhaft an die Zitate der Kriegsberichterstatterin Alice Schalek in "Die letzten Tagen der Menschheit" von Karl Krauss:

Der Westen muss Putin stoppen

Nur eine entschlossene Antwort eröffnet eine Chance auf Frieden in der Ukraine -

Kommentar von Eric Frey

Der Super-GAU im Ukraine-Konflikt scheint einzutreten. Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich offenbar entschlossen, durch den Einsatz russischer Soldaten die drohende Niederlage der Separatisten in der Ostukraine abzuwenden. Das ist eine offene Aggression und ein flagranter Bruch des Völkerrechts, wie ihn Europa seit dem Bosnienkrieg, eigentlich seit 1945, nicht mehr erlebt hat.

Dass alle Warnungen des Westens nichts genützt haben, um Putin von diesem Schritt abzuhalten, zeigt: Putin glaubt nicht daran, dass die EU, die USA und die Nato bereit sind, den hohen Preis zu bezahlen, den ein neuer kalter und sogar heißer Krieg im Osten Europas verursachen würde. In den vielen Telefongesprächen und beim Gipfel in Minsk nahm er die Politiker aus dem Westen nicht ernst. Das liegt einerseits an seinen Erfahrungen im Konflikt um Georgien und die Krim, andererseits an Putins pathologisch-aggressiver Persönlichkeit.

Den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko sieht er hingegen als gefährlichen Gegner, den er stoppen will, bevor dieser Russlands Verbündete in Donezk und Luhansk vernichtet oder zu viel Unterstützung aus dem Ausland erhält. In Putins Welt gibt es nur Sieg und Niederlage - eine Verhandlungslösung, die immer noch möglich wäre, hat keinen Platz.

Für den Westen ist das die größte Herausforderung seit Jahrzehnten. Während die Terrormiliz "Islamischer Staat" Ordnung und Zivilisation im Nahen Osten bedroht, erwächst in Europa ein Konflikt, der an die Frühzeit des Kalten Krieges gemahnt. Und damals wie heute haben die USA und ihre europäischen Verbündeten keine andere Wahl, als Putins Fehdehandschuh aufzunehmen.

Verhandlungen mit Putin sind derzeit sinnlos, weil er jedem Gesprächspartner offen ins Gesicht lügt. Irgendwie muss ihm aber bewusstgemacht werden, dass er sich verkalkuliert hat, dass der Westen die Aggression nicht hinnehmen wird. Nur dann gibt es eine Chance auf Frieden.

Das geht wahrscheinlich nur mit einer weiteren Verschärfung der Sanktionen bis hin zum Abbruch aller Wirtschaftsbeziehungen mit Moskau, sowie mit direkter Militärhilfe für Kiew. Waffenlieferungen, die Stationierung von Nato-Truppen in der Ukraine bis hin zu US-Luftschlägen gegen Separatistenstellungen und russische Nachschublinien - alle Optionen gehören in diesen Tagen auf den Tisch.

Das ist höchst riskant, denn Putin ist nicht der Typ, der leicht zurückweicht. Die wachsende Kriegsgefahr bedroht die ohnehin schwache Konjunktur in Europa; das Blutvergießen in der Ostukraine wird kein Ende nehmen, und

¹ Siehe dazu auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4rbasen_der_Vereinigten_Staaten_im_Ausland

die Flüchtlingsströme werden anschwellen. Und am Ende dieses Eskalationsprozesses droht eine Konfrontation zwischen zwei Atommächten zu stehen.

Fast alle großen Kriege waren die Folge von Fehlkalkulationen zumindest einer Seite. Auch diesmal könnte das so enden.

Aber die Alternativen sind noch schlimmer. Wenn Putin aus der Ostukraine eine zweite Krim oder ein zweites Transnistrien machen kann, dann ist der Rest der Ukraine gefährdet, und in der Folge sind es dann wohl auch die baltischen Staaten und Polen. Je entschlossener sich der Westen in den kommenden Tagen zeigt, desto größer die Chance, dass Putin oder seine Berater doch noch begreifen: Im 21. Jahrhundert kann eine moderne Industrienation durch militärische Aggression nichts gewinnen. (Eric Frey, DER STANDARD, 29.8.2014)

Dazu war eine entsprechende Antwort notwendig, Johannes Voggenhuber hat auf "Facebook" heftige Kritik am Kommentar von Eric Frey im STANDARD geübt und den gegenseitigen Briefwechsel hat auf seiner Facebook-Site veröffentlicht:

Johannes Voggenhuber: Kontroverse mit Eric Frey im "Der Standard"

Nach einem gewissen Herrn Eric Frey, "Journalist" im "Der Standard" müssten jetzt alle Optionen gegen Russland auf den Tisch, so auch "US-Luftschläge gegen Separatistenstellungen und russische Nachschublinien, direkte Militärhilfe, Waffenlieferungen, die Stationierung von Nato-Truppen in der Ukraine ..." Seinem Aufruf zur militärischen Eskalation, zum schweren Völkerrechtsbruch und zur Missachtung des Nato-Statuts fügt er wie zum Hohn auch noch die "Einsicht" an: "Fast alle großen Kriege waren die Folge von Fehlkalkulationen zumindest einer Seite. Auch diesmal könnte das so enden. Aber die Alternativen sind noch schlimmer." Eine derart irrwitzige Züdelei, ein derart kaltschnäuziger Aufruf, das Risiko "eines großen Krieges" einzugehen, ein derart hasserfülltes Gestammel kann heute wieder in einer großen österreichischen Tageszeitung stehen, wohl zum angemessenen Gedenken an eine ganz ähnliche "Fehlkalkulation" Österreichs gegenüber Russland, mit der die Welt vor genau hundert Jahren in den I. Weltkrieg taumelte.

Kein Wort natürlich zu den Provokationen und Einmischungen des Westens, seinen Versuchen, die Ukraine in den eigenen Herrschaftsbereich zu zerren, um den Preis das Land zu zerreißen, seine Unterwanderung des Maidan und die Umtriebe seiner Geheimdienste, seine Unterstützung und Finanzierung des Putsches gegen den demokratisch gewählten Präsidenten unter Beteiligung rechtsradikaler, ultranationalistischer und antisemitischer Kräfte. Kein Wort natürlich vom Krieg unter dem Oligarchenpräsidenten Poroschenko gegen die eigene Zivilbevölkerung mit bisher über 2.600 Toten, 700.000 Flüchtlingen und zerbombten Städten. Dieser Journalist hat wohl seinen gebührenden Platz verpasst unter den grausam dumpfen Figuren und ihrem deliranten Kriegsgegröle in "die letzten Tage der Menschheit". Vielleicht glaubt er ja, die könne man doch wiederholen. Wer Pressefreiheit will, muss auch Dummheit und Verblendung ertragen. Aber bei offener Kriegshetze gibt es eine Verantwortung von Herausgeber und Redaktion.

Und nun die Antwort von Herrn Eric Frey, Journalist bei "Der Standard".

Sg Herr Voggenhuber, nachdem Sie Facebook dazu gebrauchten, um wüste Beschimpfungen gegen Journalisten auszusprechen, deren Meinung Ihnen nicht behagt (Sie haben schon mal auf höherem Niveau argumentiert), eine Frage an Sie zum 1. September 1939: Hätten Sie als Brite oder Franzose damals auch gegen Krieg argumentiert? Weil ja jeder Krieg egal gegen wen unvertretbar ist? Und sind Sie auch gegen Luftschläge gegen IS-Stellungen zur Rettung der Jesiden? Wo ist denn die Grenze zwischen Kriegstreiberei und Pflicht zum Handeln, die Ihnen die Gewissheit gibt, dass man Russland in der Ostukraine gewähren lassen muss? Beste Grüße, Eric Frey

Und Voggenhubers die Antwort auf die Antwort:

Sehr geehrter Herr Frey,

ich habe Sie nicht beschimpft. Ich habe Sie bezichtigt. Ich habe Sie öffentlich der Kriegshetze beschuldigt und des Aufrufs zu einem schweren Bruch des Völkerrechts und zur Missachtung des Nato-Statutes. Und zwar nicht "wüst", sondern auf Grundlage Ihrer wörtlich wiedergegebenen unerhörten Aussagen, sodass jeder Leser und jede Leserin sich ein eigenes Urteil bilden kann. Auch ich besitze die Meinungsfreiheit. Ihre bleibt Ihnen unbenommen. Das Ausmaß der Zustimmung und die massive Empörung über Ihre Aussagen sollte Ihnen dringend zu denken geben. Den tiefen Eindruck, dass Sie sich in erschreckender Weise Ihrer öffentlichen Verantwortung entschlagen, zeigt Ihre Antwort, in der Sie historische und gegenwärtige Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit Kriegen und Konflikten unterschiedlicher Natur, Ursache und Verantwortung bedenkenlos vermischen. Da Ihnen eine so totale Unkenntnis über Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine schwerlich unterstellt werden kann, bekräftige ich mein Urteil, dass Sie mit Ihrem Kommentar darauf zielen, Feindbilder, Ängste und niedrige Gefühle zu mobilisieren, ja die Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen versuchen. Am 1. September, an dem sich der Beginn des I. Weltkrieges zum hundertsten Mal jährt, sei es Ihnen gesagt: Es ist schändlich und moralisch besinnungslos, anstatt nach einem Ausgleich legitimer Interessen zu suchen, anstatt die Verantwortung beider Seiten zu betonen, anstatt Schritte zum Frieden zu fordern, zum Krieg aufzurufen.

Johannes Voggenhuber

Die Untermauerung der westlichen Behauptungen über die Situation in der Ostukraine durch Bildmaterial erreichte manchmal wahre groteske Höhen, wie am 2.9.2014 Matthias Meisner in der Berliner Tageszeitung "Der Tagespiegel" aufzeigte:

Falsche Bilder bei der ARD zum Ukraine-Konflikt - Propagandatricks - oder Pannen in Serie

Zur Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt hat die ARD Bilder und Filmmaterial verwendet, das gar nicht dort entstand oder schon Jahre alt ist. Bei der Korrektur läuft nicht alles glatt. Der WDR verteidigt sich.

The image shows two screenshots of news websites. The left one is from n-tv, dated Monday, June 28, 2008, with the headline "Gewalt im Kaukasus Russland beginnt Manöver". It features a photo of a tank column in a desert. The right one is from WDR, dated August 19, 2014, with the headline "Russische Kampfpanzer fahren am 19.08.2014 noch unter Beobachtung von Medienvertretern in der Ukraine". It also features a photo of a tank column in a desert. Both photos are identical, showing a line of tanks moving across a sandy, hilly terrain.

Der Westdeutsche Rundfunk gibt zu, etwas falsch gemacht zu haben. "Trotz unseres Anliegens, Bildmaterial sorgfältig zu verwenden, ist uns ein Fehler unterlaufen. Wir bitten, das zu entschuldigen", teilte der Sender auf Twitter mit. Und nahm damit Stellung zu einem Vorgang, der im Netz scharfe Kommentare ausgelöst hatte. Die Vorwürfe lauten von "Panzerlüge" bis zu "billiger Propagandatricks".

Tatsächlich hat WDR 5, wie es am Wochenende auf der Internetseite "Propagandaschau" hieß, "die unbewiesene Behauptung, russische Truppen und Panzer würden in der Ostukraine kämpfen, mit einem martialischem Foto untermalt". Es zeigte eine Panzerkolonne in einer wüstenartigen Landschaft. Im Bildtext dazu hieß es: "Russische Kampfpanzer fahren am 19.08.2014 noch unter Beobachtung von Medienvertretern in der Ukraine." Betitelt war der WDR-Artikel mit der Zeile: "Russland auf dem Vormarsch?"

Das Panzer-Bild stammte aus dem Jahre 2008 (siehe oben die beiden Screenshots, rechts 2008 illustrierten die Panzer einen Manöverbericht, links 2014 einen russischen Angriff auf die Ukraine). Wie es dann weiter im Tagespiegel heißt, habe "Huffington Post" mit diesem Panzerbild die Meldung illustriert, "hunderte russische Panzer zerstören Teile der Ukraine." Das war wohl etwas zuviel an unsachgemäßer Kriegspropaganda. Der für die falsche Bebilderung verantwortliche WDR tauschte das Bild aus und entschuldigte sich mit einem Versehen: "Wir haben bei der Erstellung dieser Seite fälschlicherweise ein Archivbild statt eines aktuellen Bildes verwendet". Das Bild wurde durch ein anderes ersetzt, im "Tagesspiegel heißt dazu":

Allerdings passierte beim Austausch des Fotos dann gleich die nächste Panne. Denn formal richtig war zwar, dass sich der auf dem Foto abgebildete russische Soldat mit seinem Panzer in der Ukraine befindet. Nur: Das Bild dokumentiert, wie der Blog "Blaue Bote" nun berichtete, nicht die aktuelle von Kiew behauptete Invasion russischer Truppen in die Ukraine. Entstanden ist es stattdessen im März, und zwar nicht in der Ostukraine, sondern auf der Krim. Die ARD sei "offenbar beratungsresistent", hieß es dazu vom "Blauen Boten", sie ersetze "nach Protesten Fälschung... durch neue Fälschung". Auch für die Moskau-freundliche Internetseite "Propagandaschau" war die neue Bebilderung eine willkommene Vorlage für Kritik. Dort heißt es nun: "Eine Propagandalüge über russische Soldaten in der Ukraine jagt die nächste." Der WDR reagierte am Dienstag auf die neuen Vorwürfe: Das Tagesgespräch sei eine Diskussionsendung mit Hörern, erklärte der Sender. "Es ging es um den Ukraine-Konflikt in seiner Gesamtheit. Somit ist das Bild nicht aus dem Kontext gerissen", twitterte WDR 5.



Noch auf eine weitere falsch illustrierte Meldung wies der "Tagesspiegel" hin, das Bild dazu stammt von YouTube und zeigt links den Tagesschau-Hubschrauberabschuss in der Ostukraine und rechts den 2013 in Syrien:

Für die ARD ist der Vorgang deshalb besonders unangenehm, weil ein schon Wochen zurückliegender ähnlicher Fauxpas am Wochenende im Netz erneut Entrüstung auslöste. Dabei ging es darum, dass im Mai gefälschtes Filmmaterial in die ARD-"Tagesschau" gelangt war, um einen Hubschrauberabschuss bei Slowjansk in der Ostukraine zu illustrieren - "nur eine von vielen Un- und Halbwahrheiten in der Propagandaschlacht um die Ukraine", wie der Blog "Blauer Bote" bissig kommentierte. Die Sequenz, die aus einem Youtube-Video aus dem Jahre 2013 stammte, zeigte in Wirklichkeit einen Abschuss in Syrien. (...)²



Bemerkenswert ist, dass man jetzt absolut nichts mehr davon hört, wie der Absturz des malaysischen Flugzeuges in der Ostukraine verursacht wurde. Zuerst hörten wir tagelang, die aufständischen Russen in der Ostukraine ließen aus Vertuschungsgründen die Fachleute, die das Wrack untersuchen und die Blackbox sicherstellen wollten, nicht ins Absturzgebiet. Dann durften sie doch und fanden, was sie suchten und seither hat kein Mensch mehr etwas über den Flug mit der Nummer MH 17 gehört. Was klarerweise auch Vermutungen auslösen kann. Wie in der linken deutschen Tageszeitung "Junge Welt" in einem Artikel von Alexander Bahar am 2.9.2014 u.a. zu lesen war:

Makabres Déjà-vu

Der Absturz von Flug MH 17 wurde sofort propagandistisch ausgeschlachtet. Das erinnert fatal an den 1. 9 1983, als die Maschine des Flugs KAL 007 von einem sowjetischen Jäger abgeschossen wurde

Wie unverfroren die USA und ihre Verbündeten massenpsychologisch wirksame Kriegsvorwände produzieren, ist seit dem Zwischenfall in der Tonking-Bucht³, allerspätestens aber seit den mit Lügen gepflasterten Wegen in die Kriege auf dem Balkan und im Irak offenkundig. Der mutmaßliche Abschuss eines malaysischen Passagierflugzeugs am 17. Juli 2014 über der Ostukraine, durch den Russland zum Reich des Bösen gemacht werden sollte, hat ganz offensichtlich die Funktion eines derartigen Vorwands. Ohne einen einzigen Beweis, lediglich gestützt auf die Beschuldigungen des Putschregimes in Kiew, erklärten Vertreter der US-Regierung schon kurz nach dem Absturz, die Boeing 777 sei von einer Boden-Luft-Rakete getroffen worden. Die wiederum sei von einem in große Höhen reichenden, mobilen russischen »Buk«-Raketensystem aus einem Gebiet in der Ostukraine abgefeuert worden, das von den Aufständischen kontrolliert wurde. Zugleich machten sie Russland und dessen Präsidenten Wladimir Putin für den Abschuss verantwortlich und starteten eine seit Ende des Kalten Krieges beispiellose anti-russische Hetzkampagne, um in der Folge massive Wirtschaftssanktionen gegen Moskau zu verhängen und die NATO-Präsenz in Osteuropa zu verstärken.

Die extreme Unwahrscheinlichkeit eines (sowohl beabsichtigten als auch versehentlichen) Abschusses durch die Rebellen - oder gar durch Russland selbst - hat Rainer Rupp dargelegt (siehe jW-Kommentar, 19.7.⁴). Für einen absichtlichen Abschuss durch eine der beiden Parteien fehlt zudem jedes Motiv. Bei der Antwort auf die Frage nach dem »Cui bono?« steht vielmehr die Regierung in Kiew an erster Stelle, kann sie doch so von ihren eigenen Verbrechen ablenken und Russland erneut eines aggressiven Verhaltens bezichtigen, gegen das sie der dringenden Unterstützung der NATO bedarf. Was die US-Regierung in der Folge präsentierte, waren ein paar zweifelhafte Aufzeichnungen, die im Internet gepostet wurden, sowie Satellitenbilder mit falschem Zeitstempel und nicht zum Moment des Absturzes passenden Wetterbedingungen. Aus der Tatsache, dass die US Air Force, die weltweit über Satelliten mit Infrarotsensoren und Radarstationen verfügt, bis heute keine authentischen Daten veröffentlicht hat, lässt sich schließen, dass diese, wenn sie denn existieren, eben nicht mit der Darstellung Washingtons und der Medien zusammenpassen.

Folgt man dagegen den Überlegungen des ehemaligen Lufthansa-Piloten und Flugkapitäns Peter Haisenko wurde die MH-17-Maschine nicht von einer Boden-Luft-Rakete, sondern von zwei Kampffjets abgeschossen. Sein Indiz: das Foto eines Trümmerteiles, das ein Fragment des durchsiebten Cockpits unterhalb des Fensters auf der Kapitänsseite zeigt. Darauf seien Ein- und Ausschusslöcher zu sehen. Laut russischen Radaraufzeichnungen hielt sich mindestens ein ukrainisches Kampfflugzeug vom Typ Su-25 in unmittelbarer Nähe der Malaysia-Airlines-Maschine auf. Das korrespondiert mit der Aussage eines verschollenen spanischen Fluglotsen, »der zwei ukrainische Kampfflugzeuge in der direkten Nähe der MH17 gesehen hat«. Von Militärflugzeugen in der Nähe der Absturzstelle berichteten auch Bewohner der betreffenden Region. Wie immer man zu diesen Indizien stehen mag,

² Der gesamte Tagesspiegelbericht kann hier nachgelesen werden: <http://www.tagesspiegel.de/medien/falsche-bilder-bei-der-ard-zum-ukraine-konflikt-propagandatricks-oder-pannen-in-serie/10637680.html>

³ US-Vorwand für die Ausweitung des Vietnamkriegs - <http://de.wikipedia.org/wiki/Tonkin-Zwischenfall>

⁴ <http://www.jungewelt.de/2014/07-19/053.php>

eines ist über jeden Zweifel erhaben: Es gibt eine Menge Ungereimtheiten. Die westlichen Medien, die den Vorgaben Washingtons folgend, trotz eines »beschämenden Mangels an Beweisen« (»Shameful neglect of evidence«, so die Schlagzeile eines Artikels in der regierungsnahen malaysischen Tageszeitung New Straits Times, 17.8.2014) nahezu geschlossen auf Putin-Russland als den Schuldigen verweisen, ficht das nicht an. Diesen »atemberaubenden Mangel an Ausgeglichenheit« (ebd.) zeigten die Medien freilich von Beginn an. Was nicht in das konstruierte Schema einer angeblich friedlichen demokratischen Revolution passte, wurde und wird passend gemacht oder schlicht ausgeblendet.

Bis heute hat der für die internationale Untersuchung der Flugzeugkatastrophe zuständige Dutch Safety Board nicht öffentlich gemacht, welche Informationen aus dem Voice Recorder, den Flugdatenschreibern sowie von der ukrainischen Flugsicherung gewonnen werden konnten, obwohl der Bericht angeblich abgeschlossen ist. Das nährt den Verdacht, dass hier etwas verborgen werden soll, was der offiziellen Schuldzuweisung an Moskau widerspricht. Bis es ans Licht kommt, dürfte die massenpsychologisch wirksame antirussische Hetze freilich längst ihren Zweck erfüllt haben. (..) ⁵

Ja, was ist mit der malaysischen Maschine passiert? Warum wird der niederländische Untersuchungsbericht nicht veröffentlicht? Und warum fragt praktisch keines der Medien, die sonst immer alles ganz genau zu wissen behaupten, nach diesem Bericht? Funktioniert in der eigentlich auch hierzu vorhanden sein müssenden Pressefreiheit die Gleichschaltung so einfach?

Es muss nicht sein, dass die Vermutungen in der "Jungen Welt" stimmen, aber dass solche Fragen gestellt werden, ist wohl klar. Auch wenn solche Fragen von all den anderen Medien nicht gestellt werden. Das ist allerdings wiederum, nun sagen wir: bezeichnend.

Wirtschaftlich-sachlich betrachtete am 2.9. der Wirtschaftsanwalt Georg Zanger die Vorgänge im "Wirtschaftsblatt":

Georg Zanger⁶: EU-Sanktionen – eine beispiellose Unterwürfigkeit

Die EU-Sanktionen belasten nicht nur Russland, sondern treffen vor allem auch die europäische Wirtschaft. Und sie schwächen die EU gegenüber den USA.

Die EU ist in beispielloser Unterwürfigkeit zu den USA auf den Zug der Sanktionen gegen Russland voll aufgesprungen. Sie droht nicht nur ihren Mitgliedern, sondern auch Drittstaaten wie Serbien mit Konsequenzen, wenn sie sich den Sanktionen nicht anschließen.

Das erinnert an die Drohungen der USA, Maßnahmen gegen jene Staaten zu ergreifen, die das gegen Kuba erlassene Embargo durchbrechen. Dass Wirtschaftssanktionen ohne Beschluss der UNO oder der Welthandelsorganisation (WTO) völkerrechtswidrig sind, stört niemanden.

Die Sanktionen belasten nicht nur Russland, sondern treffen vor allem auch die europäische Wirtschaft. Sie schwächen die EU gegenüber den USA.

Russland hat gegen die Sanktionen rechtliche Schritte bei der WTO eingeleitet. Russische Unternehmen prüfen derzeit die Möglichkeit einer Schadenersatzklage. Jetzt erhebt sich auch Widerstand in den von den Sanktionen betroffenen europäischen Unternehmen. So wie die Raiffeisenbank und die OMV erleiden sie Verluste, mit denen sie in keiner Weise rechnen konnten. Viele Arbeitsplätze sind gefährdet. Etwa 300.000 Arbeitnehmer allein in Deutschland müssen um ihre Arbeitsplätze bangen. Können sie verlangen, dass der ihnen entstehende Schaden ersetzt wird? Aussichtslos ist dies keineswegs.

Handel nicht behindern: Die EU ist als Mitglied der WTO völkerrechtlich verpflichtet, deren Grundsätze und Verfahrensvorschriften bedingungslos einzuhalten. Dazu gehört vor allem die Verpflichtung, den Handel untereinander in keiner Weise zu behindern. Der Gerichtshof der EU überwacht die Rechtmäßigkeit der Handlungen der Organe der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Rechtswirkung gegenüber Dritten. Jede natürliche und juristische Person, gegen die sich die betreffende rechtswidrige Handlung richtet, ist klagslegitimiert.

In Art. 340 des EU-Vertrages ist die vertragliche Haftung der Union geregelt. Im Bereich der außervertraglichen Haftung ersetzt die Union den durch die Ausübung ihrer Organe verursachten Schaden nach den allgemeinen Regeln.

Die Sanktionen verstoßen auch gegen weitere multilaterale und bilaterale Vereinbarungen und außervertragliche Pflichten, die sich aus den allgemeinen Grundsätzen im Wirtschaftsverkehr, aber auch den Normen der Europäischen Menschenrechtskonvention ergeben.

Die Auswahl der russischen Personen und Unternehmen, gegen die sich die Sanktionen richten, ist willkürlich und individuell, ohne dass ihnen konkret Handlungen gegen die Ukraine vorgeworfen werden können. Dasselbe trifft auf betroffene österreichische Firmen zu.

⁵ der vollständige Artikel mit dem Bericht über den am Artikelanfang erwähnten von 1983 einem sowjetischen Jäger abgeschossenen Flug KAL 007: <http://www.jungewelt.de/2014/09-02/016.php>

⁶ http://wirtschaftsblatt.at/home/meinung/gastkommentare/3863513/EUSanktionen-eine-beispiellose-Unterwurfigkeit?_vl_backlink=/home/index.do

Der EuGH hat bereits im Jahr 2008 ausgeführt, dass eine außervertragliche Haftung im Sinn des Art 340 AEUV gegeben ist, wenn ein außergewöhnlicher Schaden durch das rechtswidrige Handeln eines Organes der EU entstanden ist bzw. droht und der Kausalzusammenhang außer Zweifel steht.

Rechtswidrig gehandelt: Diese Voraussetzungen liegen im gegenständlichen Fall vor: Schon die Drohung mit Sanktionen stellt einen Rechtsverstoß dar; die erlassenen Sanktionen sind völkerrechtswidrig und verstoßen gegen außervertragliche allgemeine Regeln; der drohende und teilweise schon eingetretene Schaden steht in unmittelbarem kausalem Zusammenhang mit den Sanktionen, und die Sanktionen waren für keine der Betroffenen vorhersehbar.

Kein einziges Unternehmen konnte mit dieser Einschränkung des Wirtschaftsverkehrs rechnen. Betroffene Unternehmen, wie die Bank Rossia oder Gazprom, und Einzelpersonen können daher ebenso wie ihre europäischen Partner die Unterlassung von gegen sie gerichteten Sanktionsmaßnahmen und deren Androhungen sowie den ihnen bereits entstandenen Schaden bzw. Verluste gegen die EU und deren Organe beim EuG einklagen.

Darüber hinaus ist es auch zulässig, auf nationaler Ebene die Teilnahme des jeweiligen Staates an Sanktionsmaßnahmen gerichtlich zu bekämpfen und die Organe der EU zu verpflichten, weitere Androhungen von Sanktionen zu unterlassen. Die nationalen Gerichte können das innerstaatliche Verfahren unterbrechen und eine Vorabentscheidung durch den EuGH einholen, ob dieser Schadenersatzansprüche gegen Staaten und ihre Organe zulässt, die Sanktionen androhen und/oder erlassen.

Die Immunität schützt Regierungsmitglieder nicht vor Schadenersatzklagen. Um Politikern, wie z. B. der deutsche Bundeskanzlerin Merkel, in ihrem Eifer, weitere Sanktionen anzudrohen, Einhalt zu gebieten, könnte auch die Erlassung einer einstweiligen Verfügung beantragt werden.

P.S.: Georg Zanger gehört zu den prominentesten Wirtschaftsanwälten und Strafverteidigern in Österreich.

Und zum Abschluss eine Stellungnahme des Liedermachers Konstantin Wecker:

Konstantin Wecker - »Sie wollen ja in den Krieg ziehen. ICH NICHT!«

Beitrag zur Rede von Bundespräsident Joachim Gauck vom 1.9.2014, den der Liedermacher am 2.9. auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht hat:

Liebe Freunde,

ein kurzer Zwischenruf aus der Stille, weil ich mich so geärgert habe. Vor einigen Wochen habe ich hier das Loblied des Präsidenten Uruguays gesungen, und mir gewünscht, Herr Gauck möge sich mal von José Mujica inspirieren lassen. Den Text nannte ich: »Vom guten Präsidenten«. Wie sollte man nun heute ein Lied über Gauck titeln, jetzt nach seiner unsäglichen Rede in Polen?

»Der unbesonnene Präsident« nennt ihn, höflich und kompetent wie immer, Heribert Prantl in seinem Kommentar in der SZ. Der Bundespräsident spreche zu Recht von der Scham über die deutschen Verbrechen, »dabei darf er aber an der russischen Grenze keine Vollbremsung machen«, so Prantl.

Welcher Teufel ist bitte in diesen Pastor gefahren, dass er 30 Millionen sowjetische Kriegsoffer ausklammert bei dieser Rede? Polen war Aufmarschgebiet für den Überfall des Nazi-Reichs auf die UdSSR. Um »Lebensraum im Osten« zu erobern und »jüdischen Bolschewismus« zu vernichten, hausten die Nazis grauenvoll, das kann man in jedem Geschichtsbuch nachlesen.

Statt dessen erklärt er Putin den Krieg.

Für einen Bundespräsidenten ungebührlich scharf verlangt Gauck von Putin eine Änderung seiner Politik, die Rückkehr zu den Regeln des Völkerrechts. Und er nimmt auch das Wort Verteidigungsbereitschaft in den Mund, die man an die neue Lage anpassen werde - wieder so ein Signal des Bundespräsidenten, dass Deutschland bereit ist, seiner gestiegenen Verantwortung in der Welt notfalls auch mit Waffengewalt gerecht zu werden.

»Ein Bundespräsident hat eine andere Rolle als der Nato-Generalsekretär«, schreibt Prantl. Er scheint es nur nicht zu wissen. Das Amt hat ihm den Kopf verdreht. Dieser Theologe missbraucht sein Amt. Er kennt den berühmten alttestamentarischen Text des Propheten Jesaja, in dem es heißt, dass die Völker ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. »Und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.«

»Die Annäherung zwischen unseren Völkern kommt mir daher wie ein Wunder vor. Um dieses Wunder Wirklichkeit werden zu lassen, brauchte und braucht es Menschen, die politische Vernunft einbringen.« Das sind ihre Worte, Herr Präsident, warum halten Sie sich denn nicht daran?

»Die Grundlage für eine gute Nachbarschaft muss eine Änderung der russischen Politik sein« - was für eine gute Nachbarschaft sollte das sein, bei der völlig einseitig einer seine Politik ändern muss?

Da sind Jahrzehnte von Deutschunterricht hinweg gegangen, die versuchten zu erklären, wie es sein konnte, dass selbst die vielen klugen kritischen Schriftsteller und Künstler mit Hurra in den Weltkrieg gezogen sind. Da werden Texte gelesen, Diskussionen geführt, Theater aufgeführt, um zu warnen, wie Propaganda funktioniert und wie

Massen aufzuhetzen sind - und nun kann man kaum mehr eine pazifistische Stimme in den gängigen Medien finden.

»Wir werden Politik, Wirtschaft und Verteidigungsbereitschaft den neuen Umständen anpassen« - ihre Worte, Herr Gauck- dann schnallen Sie doch mal schon den Tornister über und lasse Sie sich die Stiefel polieren und von Frau von der Leyen mit den richtigen Feuerwaffen ausstatten. Sie wollen ja in den Krieg ziehen. ICH NICHT!
